

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Dr. Albert Käuflein (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 08.02.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	22. Plenarsitzung Gemeinderat 15.03.2011 674 17 öffentlich
Staatliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe		

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. Die Stadt Karlsruhe bietet der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) Hilfe und Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Träger für die Staatliche Majolika Manufaktur Karlsruhe und bei der Erarbeitung eines neuen Konzeptes an.
2. Die Stadt informiert den Gemeinderat über die bisherigen diesbezüglichen Bemühungen und bindet ihn ein.

Sachverhalt/Begründung:

Die LBBW hat bekanntgegeben, dass sie sich von der Staatlichen Majolika Manufaktur trennen wird. Zum Ende des vergangenen Jahres wurde der Ergebnisabführungsvertrag gekündigt. Die LBBW als bisheriger Alleingesellschafter will sich von ihren Anteilen trennen. Derzeit führt sie den Betrieb allerdings noch weiter.

Soll die Majolika Manufaktur erhalten bleiben, braucht es einen oder mehrere öffentliche und/oder private Träger. Bei diesem Übergang wirkt die Stadt Karlsruhe mit. Es ist möglich, die Majolika mit künstlerischem Anspruch und zugleich wirtschaftlich zu betreiben.

Die 1901 gegründete Majolika Manufaktur ist ein herausragendes Kulturgut. Zahlreiche Künstler haben hier bedeutende Kunstwerke geschaffen. Auch Gebrauchskeramik für Bau, Garten, Haushalt wird produziert. In Baden-Württemberg und weit darüber hinaus existiert keine vergleichbare Einrichtung.

Die Majolika hat in den letzten Jahren Verluste geschrieben, die von der LBBW ausgeglichen wurde. Aber Mitte der 1980er-Jahre wurden bei einer ebenfalls schwierigen Marktlage Gewinne gemacht (1986 200.000 DM). Ziel der neuen Konzeption muss mittelfristig ein „schwarze Null“ sein. Die Majolika war bereits einmal mehrheitlich von 1978 bis 1983 in privater Hand, bevor das Land die Anteile zurückerwarb. Auf diesem Hintergrund bestehen keine Bedenken gegen eine vollständige oder teilweise Privatisierung.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Dr. Albert Käuflein

Rainer Weinbrecht

Hauptamt

4. März 2011